

Den Deutschen störte denn auch, wie der französische Staatspräsident bei seiner Reise durch die arabischen Golfstaaten als Sachwalter der Palästinenser auftrat. „Die Pionierrolle“, quengelte Genscher, gebühre eigentlich der Bundesrepublik. Und er ließ sein AA eine Dokumentation verteilen, in der pingelig 39 Voten Bonner Politiker aus den letzten sechs Jahren für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verzeichnet sind.

Vor dem letzten Schritt, die PLO auch als Verhandlungspartner beim Namen zu nennen, schrecken Schmidt und Genscher, im Gegensatz zu Giscard, allerdings noch zurück — doch lassen sie offen, was morgen sein könnte.

Befragt, ob Bonn eine offizielle Vertretung der PLO zulassen werde, entgegnete Schmidt vieldeutig: „Weder gestern noch heute.“

US-ARMEE

Heiße Luft

Bonn tadelt die mangelnde Einsatzbereitschaft der amerikanischen Streitkräfte.

Der Gast aus Deutschland war schneller. Noch ehe der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown den Bonner Beitrag zur Nato kritisieren konnte, hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt den Zustand der US-Streitkräfte aufs Tapet gebracht.

Es sei wohl ein Fehler der amerikanischen Regierung gewesen, dozierte Schmidt vorletzte Woche in Washington, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen. Ob Brown denn wirklich glaube, ohne die Wehrpflicht wieder einzuführen im Krisenfall genügend Reservisten mobilisieren zu können. Die Bundesrepublik, frohlockte der Besucher, sei da in einer sehr viel besseren Lage.

Brown konnte nicht widersprechen.

In Verlegenheit brachte den Amerikaner auch die Kanzlerfrage, ob denn nach der Präsidentenwahl im November weiter ernsthaft über dieses Problem nachgedacht werde. Die Order von Präsident Jimmy Carter, alle Wehrpflichtigen zu registrieren, könne doch eigentlich nur ein erster Schritt sein. Der US-Minister vermochte dem Kanzler keine klare Antwort zu geben.

Schmidt, den die ständige Nörgelei der Amerikaner an der angeblich mangelnden militärischen Stärke der europäischen Verbündeten nach dem Sowjet-Einmarsch in Afghanistan zunehmend störte, hatte sich für seinen Auftritt in Washington wohl präpariert. Analysen der deutschen Nato-Vertretung in Brüssel und des Verteidigungsministeriums in Bonn belegten seine These, daß es mit der Einsatzbereitschaft der USA selbst nicht zum besten

bestellt sei. Versprechen, die Wehrlage zu bessern, würden gar nicht oder nur zögernd eingehalten. Ein deutscher Nato-General: „Viel heiße Luft.“

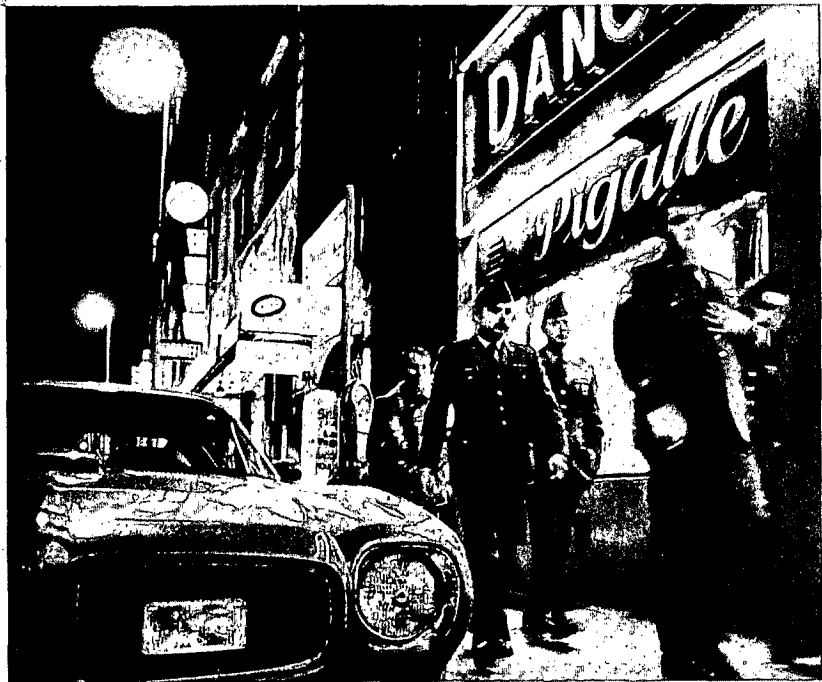
Nach Bonner Analyse wird es mindestens fünf Jahre dauern, bis die notwendige Reform der US-Streitmacht verwirklicht werden kann. Was gegenwärtig geschehe, lautet die bittere Erkenntnis der deutschen Sicherheitspolitiker, sei reine Improvisation.

So wird auf dem Luftwaffenstützpunkt McDill in Florida inzwischen zwar ein 100 Mann starker Stab für die Eingreiftruppe aufgestellt, deren Sinn Verteidigungsexperten ohnehin anzweifeln (siehe Seite 26). Transportmittel aber, um die umstrittenen

So mußte der Plan aufgegeben werden, vier noch aus dem Zweiten Weltkrieg stammende Schlachtschiffe wieder flottzumachen. Auch die vier Zerstörer, die der mittlerweile gestürzte Schah von Persien bestellt hatte und die nun von der US-Marine übernommen werden sollen, können in absehbarer Zeit nicht auslaufen.

„Es ist eben ein Unterschied“, resümierte Schmidt nach seiner Rückkehr in der vorigen Woche, „ob ein Land Wehrpflicht hat oder ob ein Land Wehrpflicht abgeschafft hat.“ Das habe er in Washington „sehr deutlich“ zum Ausdruck gebracht.

Die Fehler der Amerikaner auszubaden, ist Schmidt indes nicht gewillt. Um ihre Forderungen nach höheren deut-



Problemfall US-Soldaten*: Reform frühestens in fünf Jahren

110 000 Fallschirmjäger und Marineinfanteristen im Ernstfall in Krisengebiete zu befördern, fehlen.

Die 130 von Brown geforderten Großtransportflugzeuge CX sind noch nicht einmal auf dem Reißbrett fertig; die 14 Schiffe, die als schwimmende Nachschubbasen im Indischen Ozean kreuzen sollen, laufen sogar erst Ende der achtziger Jahre vom Stapel.

Die US-Industrie ist nämlich, wie die Bonner Nato-Offiziere aus dem Pentagon erfuhren, derzeit mit Aufträgen so eingedeckt, daß eine schnellere Produktion von Schiffen, Flugzeugen und Panzern vorerst nicht möglich ist.

Selbst wenn Präsident Carter den nationalen Notstand ausrufen sollte und die Unternehmen Rüstungsaufträge vorziehen müßten, wäre schon wegen Personalmangels nicht mit schnellen Verbesserungen zu rechnen. Allein in der US Navy fehlen rund 20 000 Maste und Bootsmänner.

* In Frankfurt.

schen Rüstungsausgaben abzublocken, erteilte er Verteidigungsminister Hans Apel den Auftrag, in der Nato auf eine gründliche Bestandsaufnahme und eine klare Aufgabenverteilung zu drängen. Millionen allein, so Schmidt im Bundessicherheitsrat, machten noch keine bessere Verteidigung, wie das Beispiel Amerika zeige. Es komme darauf an, das Geld sinnvoll auszugeben.

Und seinem letzten Staatsgast, dem saudischen Außenminister Saud Al Feisal, gab er den Rat, sich besser nicht allein auf die Amerikaner und den Westen zu verlassen, sondern eine eigene schlagkräftige Armee aufzubauen. Moderne Waffen seien nicht alles.

Schmidt, im Zweiten Weltkrieg Oberleutnant und Sachbearbeiter für „Ausbildung und Vorschriften leichte und mittlere Flak“, weiß auch, wie man das macht: „Bilden Sie Ihre Männer gut aus“, empfahl er Saud Al Feisal. „Ein gut ausgebildeter Soldat ist viel mehr wert als modernste Waffen.“